

## Protokoll 119. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 5. Oktober 2016, 17.00 Uhr bis 20.02 Uhr, im Rathaus

---

Vorsitz: Präsident Roger Bartholdi (SVP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Anwesend: 121 Mitglieder

Abwesend: Marianne Aubert (SP), Kurt Hüssy (SVP), Markus Kunz (Grüne), Elisabeth Schoch (FDP)

---

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2016/305](#) \* Weisung vom 14.09.2016: FV  
Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2017 (Detailbudget und  
Produktgruppen-Globalbudget) und Abschreibung Global-  
budgetantrag
3. [2016/306](#) \* Weisung vom 14.09.2016: FV  
Finanzverwaltung, Aufnahme von Anleihen und Darlehen sowie  
Ausgabe von Kassenscheinen im Jahr 2017
4. [2016/307](#) \* Weisung vom 14.09.2016: FV  
Finanzverwaltung, Aufgaben- und Finanzplan AFP 2017–2020
5. [2016/317](#) \* Weisung vom 21.09.2016: VSS  
Schulamt, Ausrichtung der Schulbehördenorganisation auf die  
schulische Integration und Neuordnung des Verhältnisses von  
zentraler Schulpflege und Kreisschulbehörden, Änderung der  
Gemeindeordnung und von Erlassen des Gemeinderats
6. [2016/318](#) \* Postulat von Renate Fischer (SP) und Isabel Garcia (GLP) vom VHB  
E 21.09.2016:  
Organisatorische Vereinfachung von Nutzungsänderungen in  
Schulen
7. [2016/321](#) \* Postulat von Andreas Kirstein (AL) vom 21.09.2016: VIB  
E Bericht über die institutionelle Neuordnung der städtischen  
Energieproduzenten, Energieverteiler und ihre Netzstrukturen

- |     |                          |   |            |
|-----|--------------------------|---|------------|
| 8.  | <a href="#">2014/368</a> | Weisung vom 21.09.2016:<br>Motion von SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion betreffend Erarbeitung eines Masterplans für das Gebiet Adlisberg zur Sicherung der Erholungsflächen für die Stadtbevölkerung und zum Schutz der Lebensräume von Pflanzen und Tieren, Antrag auf Fristerstreckung | VHB        |
| 9.  | <a href="#">2015/380</a> | Weisung vom 02.12.2015:<br>Sozialdepartement, Konfliktvermittlung und Hilfe im öffentlich zugänglichen Raum, Gemeindebeschluss  | VS         |
| 10. | <a href="#">2016/161</a> | Bericht der Beauftragten in Beschwerdesachen (Omudsfrau) für das Jahr 2015  | OMB        |
| 11. | <a href="#">2016/165</a> | Bericht des Datenschutzbeauftragten für das Jahr 2015   | DSB        |
| 12. | <a href="#">2016/297</a> | Weisung vom 07.09.2016:<br>Immobilien Stadt Zürich, Miete und Ausbau des 3. Obergeschosses des Geschäftshauses Räffelstrasse 12, Quartier Binz, für das Schulungszentrum Gesundheit SGZ, Objektkredit und Genehmigung des Mietvertrags, Anpassung   | VHB<br>VGU |
| 13. | <a href="#">2016/69</a>  | Weisung vom 09.03.2016:<br>Postulat von Cäcilia Hänni-Etter und Ursula Uttinger betreffend Case Management am Arbeitsplatz, Kosteneinsparungen durch Optimierung der Prozesse und Verantwortlichkeiten, Bericht und Abschreibung  | FV         |
| 14. | <a href="#">2016/102</a> | Weisung vom 30.03.2016:<br>Immobilien Stadt Zürich, Amtshaus Helvetiaplatz, Quartier Aussersihl, Einbau einer Café-Bar und Umbauten, Objektkredit   | VHB<br>FV  |
| 15. | <a href="#">2016/163</a> | Weisung vom 18.05.2016:<br>Immobilien Stadt Zürich, Neubau Schulanlage Pfingstweid, Escher-Wyss-Quartier, Objektkredit  | VHB<br>VSS |

\* Keine materielle Behandlung

## Mitteilungen

### 2274. 2016/302 Ratsmitglied Hans Urs von Matt (SP); Rücktritt

Der Ratspräsident gibt den Rücktritt von Hans Urs von Matt (SP 3) auf den 5. Oktober 2016 bekannt und würdigt seine Amtstätigkeit.

**2275. 2016/303**  
**Ratsmitglied Cordula Bieri (Grüne); Rücktritt**

Der Ratspräsident gibt den Rücktritt von Cordula Bieri (Grüne 11) auf den 5. Oktober 2016 bekannt und würdigt ihre Amtstätigkeit.

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

**2276. 2016/338**  
**Erklärung der Grüne-Fraktion vom 05.10.2016:**  
**ERZ, Logistikzentrum Hagenholz, Kommunikation des Stadtrats zum Untersuchungsbericht und ergriffene Massnahmen**

Namens der Grüne-Fraktion verliest Felix Moser (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

«Heavy Altlast» mit Massnahmen «Light» weggefegt und entsorgt

Gestern um 10 Uhr verschickte der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements, Filippo Leutenegger, eine dürre zweiseitige Medienmitteilung zu den Verfehlungen bei ERZ. Er, der immer gerne die Presse dabei hat, wenn es darum geht, Neophyten zu bekämpfen oder einen neuen Park feierlich zu eröffnen, hielt es nicht für nötig, zu einer Medienkonferenz einzuladen. Immerhin geht es um massive Verfehlungen im ERZ mit einer Kreditüberschreitung von satten 14.7 Mio. Franken. Zu Recht spricht er von «heavy Altlast». Nur die vage angekündigten Massnahmen sind alles andere als «heavy» – im Gegenteil, es sind Massnahmen «light». Der Hauptverantwortliche ERZ-Direktor Urs Pauli kommt mit einer schriftlichen Mahnung «ultra light» davon.

Den Vergleich zur Wärmering-Affäre mit den drastischen Massnahmen in Winterthur werden wir nicht mehr bemühen. Aber wir möchten den in Vergessenheit geratenen «Kaffee-Gipfeli»-Fall von vor zehn Jahren nochmals in Erinnerung rufen. Damals wurden drei «Güselmänner» vom ERZ fristlos entlassen, weil sie angeblich Kaffee und Gipfeli serviert bekamen und als Gegenleistung gratis Abfall entsorgten. Vor Gericht wurden sie später rehabilitiert. Im ERZ wird offensichtlich nicht immer mit gleichen Ellen gemessen.

Wir Grünen sind auch entsetzt über die verharmlosende Einschätzung des Stadtrates zu den finanziellen Auswirkungen der Kreditüberschreitung. Mit einem Wisch werden die 14.7 Mio. Franken weggefegt, indem der Stadtrat darauf hinweist, dass dank dem raschen Bau und den höheren Mieteinnahmen der Stadt Zürich kein finanzieller Schaden entstanden ist.

Da bleibt uns nur die Hoffnung, dass die Sonderkommission (SoKo) des Gemeinderates genau, unabhängig und ernsthaft die Verfehlungen bei ERZ prüft und einen Bericht mit Forderungen und Massnahmen präsentiert, welche adäquat zur Grösse und Menge der Verfehlungen bei ERZ stehen. Denn die Zeit ist noch nicht gekommen, das Kreditdebakel beim Bau des Logistikzentrums Hagenholz zu entsorgen und zu recyceln.

**2277. 2016/339**  
**Erklärung der AL-Fraktion vom 05.10.2016:**  
**ERZ, Logistikzentrum Hagenholz, Kommunikation des Stadtrats zum Untersuchungsbericht und ergriffene Massnahmen**

Namens der AL-Fraktion verliest Niklaus Scherr (AL) folgende Fraktionserklärung:

AL fordert personelle Konsequenzen und volle Transparenz

Winterthur hat seine Wärmering-Affäre, Zürich das Hagenholz-Kreditdebakel. Beidemal haben Chefbeamte gefuscht und vertuscht. In Winterthur wird gehandelt, in Zürich wird abgewiegelt und beschönigt. Wir fordern personelle Konsequenzen und volle Transparenz.

Winterthur: Der Stadtrat handelt

Am 27. September 2016 – knapp sechs Monate nach Einleitung der internen Untersuchung - hat der Winterthurer Stadtrat an einer Medienkonferenz vorbehaltlos über die finanziellen Trickserien und die Bilanzverschleierung bei der Beteiligung an der Wärme Frauenfeld AG informiert. Zwei Kaderleute von Stadtwerk Winterthur, die kompetenzwidrig Ausgaben von 2.8 Mio Franken bewilligt und auf falschen Konten abge-

bucht haben, sind entlassen worden. Der 100-seitige Schlussbericht der Administrativuntersuchung ist, abgesehen von ein paar Anonymisierungen, in vollem Wortlaut ins Internet gestellt worden.

Zürich: Leutenegger bagatellisiert und erteilt Persilschein

Ganz anders in Zürich. Spätestens seit September 2015 weiss Stadtrat Leutenegger, dass es beim Bau des Logistikzentrums Hagenholz zu groben Verfehlungen gekommen ist. Seither betätigt er sich als Verzögerer und Verharmloser. Erst jetzt, mehr als ein Jahr später, dürfen wir aus einem dünnen Mediencommuniqué erfahren, dass der Baukredit von 72.1 Mio Franken um 14.7 Mio Franken oder sagenhafte 20 Prozent überschritten worden ist – Mehrkosten, die ERZ-Direktor Urs Pauli durch regelwidrige Umbuchungen auf Unterhaltskonti zu verschleiern versuchte. Dank einem Bericht der WoZ wissen wir, dass die Finanzkontrolle neben massenhaft fehlenden Offerten und Verträgen und krasser Missachtung der Submissionsverordnung gravierende Verstösse gegen die Ausgabenkompetenzen festgestellt hat. So hat ERZ-Direktor Pauli – oder CEO, wie er sich selber gerne nennt - sechs Aufträge im Wert von jeweils 300'000 bis 640'000 Franken in Eigenregie bewilligt, obwohl dafür die/der politische Vorgesetzte (Genner resp. Leutenegger) zuständig war.

Es ist mehr als befremdlich, wenn der TED-Vorsteher das Ganze bagatellisierend als «inakzeptable Nachlässigkeit» taxiert und den Eindruck zu erwecken versucht, es ginge bloss um einen Fall von bürokratischer Schlampigkeit, an dem der Direktor nur am Rande beteiligt sei. Und es ist inakzeptabel, wenn der Urheber des Finanzdebakels, ERZ-Direktor Urs Pauli, vom Stadtrat bloss eine Ermahnung erhält, die mildestmögliche Personalmassnahme ohne jede arbeitsrechtliche Konsequenzen.

Ausgerechnet der Medienprofi Leutenegger, der sich gerne rundum transparent gibt, pflegt in der Causa ERZ äusserste Geheimhaltung. Da gibt es einen Bericht der Finanzkontrolle: geheim. Die vom Tiefbauvorsteher angeordnete Administrativuntersuchung: geheim. Der Abschlussbericht des Stadtrats: geheim.

AL fordert personelle Konsequenzen und volle Transparenz

Artikel 77 des städtischen Personalrechts besagt: «Die Angestellten müssen rechtmässig handeln und die ihnen übertragenen Aufgaben persönlich, sorgfältig, wirtschaftlich und im Interesse der Stadt und ihrer Bewohnerinnen und Bewohner ausführen.» Dieser Grundsatz gilt ganz speziell für Kaderleute. Und er gilt beim Staat gleichermassen wie in der Privatwirtschaft. Dieser Anforderung vermag Urs Pauli nicht zu genügen. Wer zulasten von uns allen als ERZ-Zwangsgebührendzahlern 15 Mio Franken in Eigenregie verpulvert und das zu vertuschen versucht, hat seinen Kredit verwirkt.

Nicht nur die Zeit des Händchenhaltens, auch die Ära der Geheimniskrämerei ist vorbei. Wir haben genug von der Politik des Hörensagens und des Informations-Managements by Filippo. Während die Medien keinerlei Zugang zu den Originalakten haben, sind mittlerweile ein Viertel der Ratsmitglieder im Besitz sämtlicher geheim erklärten Berichte. So geht das nicht: Der Bericht der Finanzkontrolle, das Ergebnis der Administrativuntersuchung und der Abschlussbericht des Stadtrats müssen jetzt in vollem Wortlaut auf den Tisch.

## G e s c h ä f t e

### 2278. 2016/305

**Weisung vom 14.09.2016:**

**Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2017 (Detailbudget und Produktegruppen-Globalbudget) und Abschreibung Globalbudgetantrag**

Zuweisung an die RPK gemäss Beschluss des Büros vom 3. Oktober 2016

### 2279. 2016/306

**Weisung vom 14.09.2016:**

**Finanzverwaltung, Aufnahme von Anleihen und Darlehen sowie Ausgabe von Kassenscheinen im Jahr 2017**

Zuweisung an die RPK gemäss Beschluss des Büros vom 3. Oktober 2016

**2280. 2016/307**

**Weisung vom 14.09.2016:  
Finanzverwaltung, Aufgaben- und Finanzplan AFP 2017–2020**

Zuweisung an die RPK gemäss Beschluss des Büros vom 3. Oktober 2016

**2281. 2016/317**

**Weisung vom 21.09.2016:  
Schulamt, Ausrichtung der Schulbehördenorganisation auf die schulische  
Integration und Neuordnung des Verhältnisses von zentraler Schulpflege und  
Kreisschulbehörden, Änderung der Gemeindeordnung und von Erlassen des  
Gemeinderats**

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 3. Oktober 2016

**2282. 2016/318**

**Postulat von Renate Fischer (SP) und Isabel Garcia (GLP) vom 21.09.2016:  
Organisatorische Vereinfachung von Nutzungsänderungen in Schulen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Peter Schick (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**2283. 2016/321**

**Postulat von Andreas Kirstein (AL) vom 21.09.2016:  
Bericht über die institutionelle Neuordnung der städtischen Energieproduzenten,  
Energieverteiler und ihre Netzstrukturen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Peter Schick (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**2284. 2014/368****Weisung vom 21.09.2016:****Motion von SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion betreffend Erarbeitung eines Masterplans für das Gebiet Adlisberg zur Sicherung der Erholungsflächen für die Stadtbevölkerung und zum Schutz der Lebensräume von Pflanzen und Tieren, Antrag auf Fristerstreckung**

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristerstreckung zur Vorlage einer Weisung zur Motion GR Nr. 2014/368.

Der Rat stimmt der sofortigen materiellen Behandlung stillschweigend zu.

Gabriele Kisker (Grüne) stellt namens der Grüne-Fraktion folgenden Änderungsantrag zum Antrag des Stadtrats:

Die Frist zur Erfüllung der am 28. Januar 2015 überwiesenen Motion, GR Nr. 2014/368, der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion vom 19. November 2014 betreffend Erarbeitung eines Masterplans für das Gebiet Adlisberg zur Sicherung der Erholungsflächen für die Stadtbevölkerung und zum Schutz der Lebensräume von Pflanzen und Tieren, wird um zwölf sechs Monate bis zum 29. Januar 2018 Juli 2017 verlängert.

Der Rat stimmt dem Antrag von Gabriele Kisker (Grüne) mit 71 gegen 27 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Der Rat stimmt dem bereinigten Antrag des Stadtrats mit 72 gegen 47 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Die Frist zur Erfüllung der am 28. Januar 2015 überwiesenen Motion, GR Nr. 2014/368, der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion vom 19. November 2014 betreffend Erarbeitung eines Masterplans für das Gebiet Adlisberg zur Sicherung der Erholungsflächen für die Stadtbevölkerung und zum Schutz der Lebensräume von Pflanzen und Tieren, wird um sechs Monate bis zum 29. Juli 2017 verlängert.

Mitteilung an den Stadtrat

**2285. 2015/380****Weisung vom 02.12.2015:****Sozialdepartement, Konfliktvermittlung und Hilfe im öffentlich zugänglichen Raum, Gemeindebeschluss**

Redaktionslesung

Die Redaktionskommission (RedK) beantragt einstimmig Zustimmung zur redaktionellen Bereinigung des Gemeinderatsbeschlusses Nr. 2189 vom 7. September 2016:

Zustimmung: Präsident Mark Richli (SP), Referent; Eduard Guggenheim (AL), Christina Hug (Grüne), Dr. Daniel Regli (SVP), Claudia Simon (FDP)  
 Abwesend: Adrian Gautschi (GLP), Patrick Hadi Huber (SP), Mario Mariani (CVP)

Der Präsident der Redaktionskommission begründet die Anträge der Redaktionskommission.

Es werden keine Anträge aus dem Rat gestellt.

Der Rat stimmt dem bereinigten Antrag der RedK stillschweigend zu.

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt A

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt A.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung des Dispositivpunkts A.

Mehrheit: Markus Baumann (GLP), Referent; Präsidentin Karin Weyermann (CVP), Vizepräsidentin Katharina Prelicz-Huber (Grüne), Anjushka Früh (SP), Michael Kraft (SP), Mathias Manz (SP), Roger-Paul Speck (SP), Jonas Steiner (SP)  
 Minderheit: Ezgi Akyol (AL), Referentin; Roberto Bertozzi (SVP), Rolf Müller (SVP)  
 Enthaltung: Andreas Egli (FDP) i. V. von Alexander Brunner (FDP), Ursula Uttinger (FDP) i. V. von Marcel Müller (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt B

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt B.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung des Dispositivpunkts B.

Mehrheit: Markus Baumann (GLP), Referent; Präsidentin Karin Weyermann (CVP), Vizepräsidentin Katharina Prelicz-Huber (Grüne), Andreas Egli (FDP) i. V. von Alexander Brunner (FDP), Anjushka Früh (SP), Michael Kraft (SP), Mathias Manz (SP), Roger-Paul Speck (SP), Jonas Steiner (SP), Ursula Uttinger (FDP) i. V. von Marcel Müller (FDP)  
 Minderheit: Ezgi Akyol (AL), Referentin; Roberto Bertozzi (SVP), Rolf Müller (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt C

Die SK SD beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt C.

Zustimmung: Markus Baumann (GLP), Referent; Präsidentin Karin Weyermann (CVP), Vizepräsidentin Katharina Prelicz-Huber (Grüne), Ezgi Akyol (AL), Roberto Bertozzi (SVP), Andreas Egli (FDP) i. V. von Alexander Brunner (FDP), Anjushka Früh (SP), Michael Kraft (SP), Mathias Manz (SP), Rolf Müller (SVP), Roger-Paul Speck (SP), Jonas Steiner (SP), Ursula Uttinger (FDP) i. V. von Marcel Müller (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SD mit 119 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

A. Zuhanden der Gemeinde:

**Konfliktvermittlung und Hilfe im öffentlich zugänglichen Raum**

*Der Gemeinderat,*

nach Einsichtnahme in die Weisung des Stadtrats vom 2. Dezember 2015<sup>1</sup>,  
*beschliesst:*

1. Die Stadt fördert durch Konfliktvermittlung das rücksichtsvolle Verhalten, die gegenseitige Toleranz und damit die Sicherheit aller Personen im öffentlich zugänglichen Raum und in Einrichtungen des für das Soziale zuständigen Departements. Dies geschieht durch einen mobilen Auftrag und einen Präsenzauftrag.
2. Im Rahmen des mobilen Auftrags werden regelmässig und auf Meldung hin exponierte, öffentlich zugängliche Orte besucht, um:
  - a. Nutzungskonflikte zu schlichten;
  - b. bei Streit und Lärm zu vermitteln und bei Littering einzuschreiten;
  - c. Information, direkte Hilfe vor Ort und Begleitung zu bieten;
  - d. ambulante Sozialarbeit in Form von Beratung, Vermittlung und Krisenintervention zu leisten.
3. Im Rahmen des Präsenzauftrags werden exponierte Einrichtungen des für das Soziale zuständigen Departements beaufsichtigt.
4. Die Leistungen gemäss Ziff. 2 können gegen kostendeckende Verrechnung für andere Gemeinden im Kanton Zürich erbracht werden, sofern deren Aufträge insgesamt nicht mehr als 5 Prozent des gesamten Bruttoaufwands ausmachen.
5. Die Mittel für die Leistungen gemäss Ziff. 2 und 3 werden vom Gemeinderat im Rahmen des Voranschlags bewilligt.
6. Der Stadtrat setzt diesen Gemeindebeschluss in Kraft.

B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz und unter Vorbehalt der Zustimmung der Gemeinde zu Bst. A:

Die Gemeinderatsbeschlüsse Nr. 625 vom 2. Oktober 2002 und Nr. 4874 vom 23. September 2009 werden aufgehoben.

C. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz unter Ausschluss des Referendums:  
Das Postulat von Guido Hüni und Maleica Landolt (GR Nr. 2014/120) betreffend «Überprüfung und allfällige Anpassung der Rechtsgrundlage für die durch die <sip züri> wahrgenommenen Sicherheits- und Begleitungsaufgaben» wird als erledigt abgeschlossen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 12. Oktober 2016 gemäss Art. 10 der Gemeindeordnung

**2286. 2016/161**

**Bericht der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau) für das Jahr 2015**

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat den Bericht der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau) für das Jahr 2015 in Anwendung von Art. 37 Abs. 3 der Gemeindeordnung geprüft (vgl. Bericht und Antrag der GPK vom 26. September 2016).

---

<sup>1</sup> Begründung siehe STRB Nr. 1008 vom 2. Dezember 2015.



Referentin zur Vorstellung des Berichts: Vizepräsidentin Christine Seidler (SP)

Schlussabstimmung

Die GPK beantragt, den Bericht der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau) für das Jahr 2015 abzunehmen.

Zustimmung: Vizepräsidentin Christine Seidler (SP), Referentin; Präsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Walter Anken (SVP), Renate Fischer (SP), Urs Helfenstein (SP), Simon Kälin (Grüne), Maleica Landolt (GLP), Michail Schiwow (AL), Michael Schmid (FDP), Claudia Simon (FDP), Jonas Steiner (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 118 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Der Bericht der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau) für das Jahr 2015 wird abgenommen.

Das Geschäft ist erledigt.

## **2287. 2016/165**

### **Bericht des Datenschutzbeauftragten für das Jahr 2015**

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat den Tätigkeitsbericht 2015 des Datenschutzbeauftragten der Stadt Zürich (DSB) in Anwendung von Art. 37 Abs. 3 der Gemeindeordnung geprüft (vgl. Bericht und Antrag der GPK vom 26. September 2016).

Referentin zur Vorstellung des Berichts: Vizepräsidentin Christine Seidler (SP)

Schlussabstimmung

Die GPK beantragt, den Bericht des Datenschutzbeauftragten für das Jahr 2015 abzunehmen.

Zustimmung: Vizepräsidentin Christine Seidler (SP), Referentin; Präsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Walter Anken (SVP), Renate Fischer (SP), Urs Helfenstein (SP), Simon Kälin (Grüne), Maleica Landolt (GLP), Michael Schmid (FDP), Claudia Simon (FDP), Jonas Steiner (SP)  
Enthaltung: Michail Schiwow (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 109 gegen 0 Stimmen (bei 8 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Der Tätigkeitsbericht 2015 des Datenschutzbeauftragten wird abgenommen.

Das Geschäft ist erledigt.

**2288. 2016/297****Weisung vom 07.09.2016:****Immobilien Stadt Zürich, Miete und Ausbau des 3. Obergeschosses des Geschäftshauses Räfelstrasse 12, Quartier Binz, für das Schulungszentrum Gesundheit SGZ, Objektkredit und Genehmigung des Mietvertrags, Anpassung**

Ausstand: Christian Traber (CVP)

Antrag des Stadtrats

1. Die Immobilien Stadt Zürich wird ermächtigt, mit der Swiss Life AG, vertreten durch Livit AG, Altstetterstrasse 124, 8048 Zürich, einen Mietvertrag zur Einrichtung des Schulungszentrums Gesundheit SGZ in der Liegenschaft Räfelstrasse 12, 8045 Zürich-Binz, zu einem jährlichen Nettomietzins von Fr. 416 960.– (jederzeit mit einer Frist von einem Monat zu 100 Prozent den Veränderungen des schweizerischen Landesindex der Konsumentenpreise anpassbar) für 1839 m<sup>2</sup> Rohbaufläche im 3. Obergeschoss, 110 m<sup>2</sup> Lagerfläche im Untergeschoss sowie einen Aussenparkplatz, zuzüglich Nebenkostenkonto von Fr. 64 368.– pro Jahr, abzuschliessen. Der Mietbeginn erfolgt rückwirkend am 1. April 2016, der Nettomietzins ist ab dem 1. Oktober 2016 geschuldet. Der Mietvertrag wird befristet bis 31. März 2026 abgeschlossen, mit einem einseitigen Kündigungsrecht der Stadt Zürich auf den 31. März 2021 und einem unechten Optionsrecht für eine Verlängerung der festen Vertragsdauer um fünf Jahre, d. h. bis 31. März 2031.
2. Immobilien Stadt Zürich wird ermächtigt, bei nachgewiesenem Bedarf die unechte Option (1. April 2026 bis 31. März 2031) auszuüben, sofern der neue Mietzins die dannzumal gültige Nettojahresmiete um nicht mehr als 15 Prozent übersteigt.
3. Für den Ausbau der Räume im 3. Obergeschoss des Bürogebäudes Räfelstrasse 12, 8045 Zürich, für das Schulungszentrum Gesundheit SGZ wird ein Objektkredit von Fr. 3 464 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (1. April 2015) und der Bauausführung.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Marcel Bührig (Grüne)

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–3

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–3.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–3.

Mehrheit: Marcel Bührig (Grüne), Referent; Dorothea Frei (SP) i. V. von Marcel Savarioud (SP), Eduard Guggenheim (AL), Simon Kälin (Grüne) i. V. von Muammer Kurtulmus (Grüne), Guy Krayenbühl (GLP), Marion Schmid (SP), Barbara Wiesmann (SP)  
Minderheit: Präsident Rolf Müller (SVP), Referent; Raphael Kobler (FDP), Dr. Thomas Monn (SVP), Thomas Osbahr (SVP)  
Abwesend: Vizepräsidentin Elisabeth Schoch (FDP), Joe A. Manser (SP)

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs.1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Die Immobilien Stadt Zürich wird ermächtigt, mit der Swiss Life AG, vertreten durch Livit AG, Altstetterstrasse 124, 8048 Zürich, einen Mietvertrag zur Einrichtung des Schulungszentrums Gesundheit SGZ in der Liegenschaft Räfelstrasse 12, 8045 Zürich-Binz, zu einem jährlichen Nettomietzins von Fr. 416 960.– (jederzeit mit einer Frist von einem Monat zu 100 Prozent den Veränderungen des schweizerischen Landesindex der Konsumentenpreise anpassbar) für 1839 m<sup>2</sup> Rohbaufläche im 3. Obergeschoss, 110 m<sup>2</sup> Lagerfläche im Untergeschoss sowie einen Aussenparkplatz, zuzüglich Nebenkostenkonto von Fr. 64 368.– pro Jahr, abzuschliessen. Der Mietbeginn erfolgt rückwirkend am 1. April 2016, der Nettomietzins ist ab dem 1. Oktober 2016 geschuldet. Der Mietvertrag wird befristet bis 31. März 2026 abgeschlossen, mit einem einseitigen Kündigungsrecht der Stadt Zürich auf den 31. März 2021 und einem unechten Optionsrecht für eine Verlängerung der festen Vertragsdauer um fünf Jahre, d. h. bis 31. März 2031.
2. Immobilien Stadt Zürich wird ermächtigt, bei nachgewiesenem Bedarf die unechte Option (1. April 2026 bis 31. März 2031) auszuüben, sofern der neue Mietzins die dannzumal gültige Nettojahresmiete um nicht mehr als 15 Prozent übersteigt.
3. Für den Ausbau der Räume im 3. Obergeschoss des Bürogebäudes Räfelstrasse 12, 8045 Zürich, für das Schulungszentrum Gesundheit SGZ wird ein Objektkredit von Fr. 3 464 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (1. April 2015) und der Bauausführung.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 12. Oktober 2016 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 11. November 2016)

## 2289. 2016/69

### **Weisung vom 09.03.2016:**

### **Postulat von Cäcilia Hänni-Etter und Ursula Uttinger betreffend Case Management am Arbeitsplatz, Kosteneinsparungen durch Optimierung der Prozesse und Verantwortlichkeiten, Bericht und Abschreibung**

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht gemäss Beschluss des Gemeinderats vom 22. Dezember 2010 (GR Nr. 2010/329) über die Erfahrungen des Case Managements am Arbeitsplatz der Verwaltung der Stadt Zürich in den Jahren 2011–2014 sowie vom Bericht betreffend Case Management am Arbeitsplatz, Kosteneinsparungen durch Optimierung der Prozesse und Verantwortlichkeiten ([www.stadt-zuerich.ch/hrz](http://www.stadt-zuerich.ch/hrz) > Publikationen & Broschüren) wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2011/20, von Cäcilia Hänni-Etter und Ursula Uttinger (beide FDP) vom 19. Januar 2011 betreffend Case Management am Arbeitsplatz, Kosteneinsparungen durch Optimierung der Prozesse und Verantwortlichkeiten, wird als erledigt abgeschrieben.

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Onorina Bodmer (FDP)

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK FD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Onorina Bodmer (FDP), Referentin; Präsident Matthias Probst (Grüne), Vizepräsident Dr. Urs Egger (FDP), Linda Bär (SP), Simon Diggelmann (SP), Urs Fehr (SVP), Adrian Gautschi (GLP), Eva Hirsiger (Grüne), Martin Luchsinger (GLP), Gabriela Rothenfluh (SP), Niklaus Scherr (AL), Dr. Pawel Silberring (SP), Katharina Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK FD mit 118 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK FD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Onorina Bodmer (FDP), Referentin; Präsident Matthias Probst (Grüne), Vizepräsident Dr. Urs Egger (FDP), Linda Bär (SP), Simon Diggelmann (SP), Urs Fehr (SVP), Adrian Gautschi (GLP), Eva Hirsiger (Grüne), Martin Luchsinger (GLP), Gabriela Rothenfluh (SP), Niklaus Scherr (AL), Dr. Pawel Silberring (SP), Katharina Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK FD mit 117 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht gemäss Beschluss des Gemeinderats vom 22. Dezember 2010 (GR Nr. 2010/329) über die Erfahrungen des Case Managements am Arbeitsplatz der Verwaltung der Stadt Zürich in den Jahren 2011–2014 sowie vom Bericht betreffend Case Management am Arbeitsplatz, Kosteneinsparungen durch Optimierung der Prozesse und Verantwortlichkeiten ([www.stadt-zuerich.ch/hrz](http://www.stadt-zuerich.ch/hrz) > Publikationen & Broschüren) wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2011/20, von Cäcilia Hänni-Etter und Ursula Uttinger (beide FDP) vom 19. Januar 2011 betreffend Case Management am Arbeitsplatz, Kosteneinsparungen durch Optimierung der Prozesse und Verantwortlichkeiten, wird als erledigt abgeschlossen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 12. Oktober 2016

## 2290. 2016/102

**Weisung vom 30.03.2016:**

**Immobilien Stadt Zürich, Amtshaus Helvetiaplatz, Quartier Aussersihl, Einbau einer Café-Bar und Umbauten, Objektkredit**

Antrag des Stadtrats

1. Es wird ein Objektkredit von Fr. 3 900 000.– wie folgt bewilligt:
  - a) Fr. 1 990 000.– für den Einbau einer Café-Bar im Erdgeschoss des Amtshauses Helvetiaplatz, Molkenstrasse 5/9, 8004 Zürich
  - b) Fr. 1 910 000.– für Umbauten im Amtshaus Helvetiaplatz im Rahmen der Instandsetzung.

Der Objektkredit erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (1. April 2015) und der Bauausführung.

Unter Ausschluss des Referendums:

2. Das Postulat GR Nr. 2013/14 der SP-, Grüne-, GLP- und CVP-Fraktion vom 16. Januar 2013 betreffend Neugestaltung des Helvetiaplatzes, Belebung der spärlich genutzten Freifläche und Öffnung der Erdgeschossnutzungen am Platzrand für publikumsnahe Nutzungen, wird als erledigt abgeschrieben.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Vizepräsident Patrick Hadi Huber (SP)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Änderungsantrag 1 zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Es wird ein Objektkredit von ~~Fr. 3 900 000.–~~ Fr. 1 910 000.– ~~wie folgt~~ bewilligt:
  - a) ~~Fr. 1 990 000.– für den Einbau einer Café-Bar im Erdgeschoss des Amtshauses Helvetiaplatz, Molkenstrasse 5/9, 8004 Zürich~~
  - b) ~~Fr. 1 910 000.–~~ für Umbauten im Amtshaus Helvetiaplatz im Rahmen der Instandsetzung.

Der Objektkredit erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (1. April 2015) und der Bauausführung.

Mehrheit: Vizepräsident Patrick Hadi Huber (SP), Referent; Präsident Thomas Schwendener (SVP), Dr. Mathias Egloff (SP), Stephan Iten (SVP) i. V. von Christoph Marty (SVP), Gabriele Kisker (Grüne), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Ursula Näf (SP), Heinz F. Steger (FDP), Stefan Urech (SVP), Reto Vogelbacher (CVP)

Minderheit: Andrea Leitner Verhoeven (AL), Referentin

Abwesend: Marco Denoth (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 109 gegen 11 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag 2 zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Es wird ein Objektkredit von ~~Fr. 3 900 000.–~~ Fr. 4 130 000.– wie folgt bewilligt:
  - a) Fr. 1 990 000.– für den Einbau einer Café-Bar im Erdgeschoss des Amtshauses Helvetiaplatz, Molkenstrasse 5/9, 8004 Zürich
  - b) ~~Fr. 1 910 000.–~~ Fr. 2 140 000.– für Umbauten im Amtshaus Helvetiaplatz und den Einbau automatisierter Storen im Rahmen der Instandsetzung.

Der Objektkredit erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (1. April 2015) und der Bauausführung.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit:	Vizepräsident Patrick Hadi Huber (SP), Referent; Präsident Thomas Schwendener (SVP), Dr. Mathias Egloff (SP), Stephan Iten (SVP) i. V. von Christoph Marty (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Ursula Näf (SP), Heinz F. Steger (FDP), Stefan Urech (SVP), Reto Vogelbacher (CVP)
Minderheit:	Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Referentin; Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL)
Abwesend:	Marco Denoth (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag 3 zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Es wird ein Objektkredit von ~~Fr. 3 900 000.–~~ Fr. 3 666 000.– wie folgt bewilligt:
  - a) Fr. 1 990 000.– für den Einbau einer Café-Bar im Erdgeschoss des Amtshauses Helvetiaplatz, Molkenstrasse 5/9, 8004 Zürich
  - b) ~~Fr. 1 910 000.–~~ Fr. 1 676 000.– für Umbauten im Amtshaus Helvetiaplatz im Rahmen der Instandsetzung und den Erhalt der zwei bestehenden Züri-WC-Module.

Der Objektkredit erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (1. April 2015) und der Bauausführung.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit:	Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Referentin; Präsident Thomas Schwendener (SVP), Stephan Iten (SVP) i. V. von Christoph Marty (SVP), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Stefan Urech (SVP), Reto Vogelbacher (CVP)
Minderheit:	Heinz F. Steger (FDP), Referent; Gabriele Kisker (Grüne), Dr. Christoph Luchsinger (FDP)
Enthaltung:	Vizepräsident Patrick Hadi Huber (SP), Dr. Mathias Egloff (SP), Ursula Näf (SP)
Abwesend:	Marco Denoth (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 87 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt folgende neue Dispositivziffer 2 (Die Dispositivziffer 2 wird zu Dispositivziffer 3):

2. Für die Einrichtung von 66 öffentlichen und 23 privaten Parkplätzen sowie den Verzicht eines Schrankensystems zugunsten eines Ticketsystems in der Tiefgarage Helvetiaplatz wird der von den Stimmberechtigten am 28. September 2008 bewilligte Objektkredit von Fr. 2 475 000.– um Fr. 660 000.– auf Fr. 3 135 000.– erhöht.

Der zusätzliche Objektkredit erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung

des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (1. April 2015) und der Bauausführung.

Mehrheit:	Stephan Iten (SVP) i. V. von Christoph Marty (SVP), Referent; Präsident Thomas Schwendener (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Heinz F. Steger (FDP), Stefan Urech (SVP), Reto Vogelbacher (CVP)
Minderheit:	Gabriele Kisker (Grüne), Referentin; Vizepräsident Patrick Hadi Huber (SP), Dr. Mathias Egloff (SP), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Ursula Näf (SP)
Abwesend:	Marco Denoth (SP)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 48 gegen 73 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 1

Die SK HBD/SE beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 1.

Zustimmung:	Vizepräsident Patrick Hadi Huber (SP), Referent; Präsident Thomas Schwendener (SVP), Dr. Mathias Egloff (SP), Stephan Iten (SVP) i. V. von Christoph Marty (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Ursula Näf (SP), Heinz F. Steger (FDP), Stefan Urech (SVP), Reto Vogelbacher (CVP)
Enthaltung:	Andrea Leitner Verhoeven (AL), Gabriele Kisker (Grüne)
Abwesend:	Marco Denoth (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK HBD/SE mit 111 gegen 9 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung neue Dispositivziffer 2

Gemäss der vorhergehenden Abstimmung wird über die neue Dispositivziffer 2 abgestimmt.

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt der neuen Dispositivziffer 2 mit 73 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2 (neu Dispositivziffer 3)

Die SK HBD/SE beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung:	Vizepräsident Patrick Hadi Huber (SP), Referent; Präsident Thomas Schwendener (SVP), Dr. Mathias Egloff (SP), Stephan Iten (SVP) i. V. von Christoph Marty (SVP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Ursula Näf (SP), Heinz F. Steger (FDP), Stefan Urech (SVP), Reto Vogelbacher (CVP)
Abwesend:	Marco Denoth (SP)

Gemäss der vorhergehenden Abstimmung wird die Dispositivziffer 2 zu Dispositivziffer 3.

Der Rat stimmt dem Antrag der SK HBD/SE mit 121 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

1. Es wird ein Objektkredit von Fr. 3 896 000.– wie folgt bewilligt:
  - a) Fr. 1 990 000.– für den Einbau einer Café-Bar im Erdgeschoss des Amtshauses Helvetiaplatz, Molkenstrasse 5/9, 8004 Zürich
  - b) Fr. 1 906 000.– für Umbauten im Amtshaus Helvetiaplatz, den Einbau automatisierter Storen und den Erhalt der zwei bestehenden Züri-WC-Module im Rahmen der Instandsetzung.

Der Objektkredit erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (1. April 2015) und der Bauausführung.

2. Für die Einrichtung von 66 öffentlichen und 23 privaten Parkplätzen sowie den Verzicht eines Schrankensystems zugunsten eines Ticketsystems in der Tiefgarage Helvetiaplatz wird der von den Stimmberechtigten am 28. September 2008 bewilligte Objektkredit von Fr. 2 475 000.– um Fr. 660 000.– auf Fr. 3 135 000.– erhöht.

Der zusätzliche Objektkredit erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (1. April 2015) und der Bauausführung.

Unter Ausschluss des Referendums:

3. Das Postulat GR Nr. 2013/14 der SP-, Grüne-, GLP- und CVP-Fraktion vom 16. Januar 2013 betreffend Neugestaltung des Helvetiaplatzes, Belebung der spärlich genutzten Freifläche und Öffnung der Erdgeschossnutzungen am Platzrand für publikumsnahe Nutzungen, wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 12. Oktober 2016 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 11. November 2016)

## 2291. 2016/163

**Weisung vom 18.05.2016:**

**Immobilien Stadt Zürich, Neubau Schulanlage Pfingstweid, Escher-Wyss-Quartier, Objektkredit**

Antrag des Stadtrats

Für den Neubau der Schulanlage Pfingstweid, Escher-Wyss-Quartier, wird ein Objektkredit von Fr. 29 480 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (1. April 2015) und der Bauausführung.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Severin Pflüger (FDP)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Änderungsanträge 1–2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:



Für den Neubau der Schulanlage Pfingstweid, Escher-Wyss-Quartier, wird ein Objektkredit von Fr. 29 420 700.– (ohne Vorinstallation und ohne Installation von Videokameras) bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (1. April 2015) und der Bauausführung.

Die Minderheit 1 der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Für den Neubau der Schulanlage Pfingstweid, Escher-Wyss-Quartier, wird ein Objektkredit von Fr. 29 438 700.– (ohne Installation von Videokameras) bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (1. April 2015) und der Bauausführung.

Die Minderheit 2 der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Änderungsanträge.

Mehrheit:	Cordula Bieri (Grüne), Referentin; Präsidentin Isabel Garcia (GLP), Christina Hug (Grüne), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP)
Minderheit 1:	Mark Richli (SP), Referent; Heidi Egger (SP), Anjushka Früh (SP) i. V. von Vizepräsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Hans Urs von Matt (SP)
Minderheit 2:	Severin Pflüger (FDP), Referent; Christian Huser (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Roger Liebi (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit	34 Stimmen
Antrag Minderheit 1	37 Stimmen
Antrag Minderheit 2 / Stadtrat	<u>47 Stimmen</u>
Total	118 Stimmen
= absolutes Mehr	60 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Mehrheit ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Minderheit 1 wird mit 63 gegen 46 Stimmen (bei 11 Enthaltungen) zugestimmt.

Schlussabstimmung über den bereinigten Antrag des Stadtrats

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum bereinigten Antrag des Stadtrats.

Zustimmung:	Cordula Bieri (Grüne), Referentin; Präsidentin Isabel Garcia (GLP), Heidi Egger (SP), Anjushka Früh (SP) i. V. von Vizepräsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Christina Hug (Grüne), Christian Huser (FDP), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP), Severin Pflüger (FDP), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)
Enthaltung:	Dr. Daniel Regli (SVP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Roger Liebi (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 2 Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 119 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist beschlossen:

Für den Neubau der Schulanlage Pfingstweid, Escher-Wyss-Quartier, wird ein Objektkredit von Fr. 29 438 700.– (ohne Installation von Videokameras) bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (1. April 2015) und der Bauausführung.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 12. Oktober 2016 gemäss Art. 10 der Gemeindeordnung

## **E i n g ä n g e**

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### **2292. 2016/340**

**Motion von Urs Helfenstein (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne) und 8 Mitunterzeichnenden vom 05.10.2016:**

**Projektierungskredit zum Carparkplatzareal unter Berücksichtigung einer quartierverträglichen Umsetzung und der wohn-, energie-, und verkehrspolitischen Aufträge der Gemeindeordnung**

Von Urs Helfenstein (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne) und 8 Mitunterzeichnenden ist am 5. Oktober 2016 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage für einen Projektierungskredit zum Carparkplatzareal zu unterbreiten. Die Planung für das Carparkplatzareal soll in einem offenen und partizipativen Prozess erfolgen mit dem Ziel, an diesem städtebaulich wichtigen Ort eine quartierverträgliche Entwicklung umzusetzen. Dabei sind die wohn-, energie- und verkehrspolitischen Aufträge der Gemeindeordnung zu berücksichtigen. Es ist auch zu prüfen, ob der Carparkplatz nach Möglichkeit an diesem Standort erhalten werden kann.

Begründung:

Die grossen Herausforderungen der heutigen Stadtentwicklung sind Innenentwicklung und Verdichtung. Damit verbunden ist ein sorgfältiger Planungsprozess, welcher auf Qualitäten und Identitäten von Quartieren und stadträumlichen Eigenschaften Rücksicht nimmt. Die Stadt Zürich soll bei der Planung stadteigener Grundstücke eine Vorbildfunktion wahrnehmen und diesen Prozess aktiv gestalten.

Das Carparkplatzareal ist ein städtebaulich wichtiger Standort mit einem grossen Entwicklungspotenzial. Es soll ein Stück Stadt mit einem städtebaulichen Gewinn entstehen, welches dem Charakter des Quartiers und dem zentral gelegenen Standort entspricht. Die politischen Vorgaben der Stimmbevölkerung an den Stadtrat sind umzusetzen: Preisgünstiger Wohnungsbau, günstiger Gewerberaum, Erdgeschossnutzungen, welche zur Belebung des öffentlichen Raums beitragen und ein Modalsplit im Sinne der Städteinitiative sind als Schwerpunkte zu berücksichtigen. Ein Kongresszentrum hat darin keinen Platz. Die Bevölkerung soll über einen geeigneten und offenen Mitwirkungsprozess die zukünftige Entwicklung mitgestalten können.

Mitteilung an den Stadtrat

**2293. 2016/341****Postulat der SP-Fraktion vom 05.10.2016:  
Ermässigtter Eintritt für Inhaberinnen und Inhaber einer KulturLegi in die von der Stadt geführten, unterstützten und verpachteten Kultur- und Sportbetriebe**

Von der SP-Fraktion ist am 5. Oktober 2016 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie in allen von der Stadt Zürich geführten, unterstützen und verpachteten Kultur- und Sportbetrieben den Inhaberinnen und Inhabern einer KulturLegi (CARITAS) eine Ermässigung vom mindestens 50% auf den Eintrittspreis, bzw. Kindern unter 12 Jahren ein unentgeltlicher Eintritt gewährt werden kann. Dazu sollen die Leistungsvereinbarungen, Subventions- und/oder Pachtverträge angepasst werden. Zudem soll auch bei weiteren Anbietern auf eine Anerkennung der KulturLegi hingewirkt werden und die Publikation des KulturLegi-Angebots (on- und offline) soll verstärkt werden.

Begründung:

Das Kulturleitbild 2016 - 2019 (Grundlagen) der Stadt Zürich postuliert im Kapitel 3 (Kulturförderung), dass die Teilhabe gestärkt und die Diversität gelebt werden soll. Diese richtigen und wichtigen Grundsätze sollen sicherstellen, dass alle Bevölkerungsgruppen die kulturellen Angebote nutzen können. Für Menschen mit geringem Einkommen und prekären finanziellen Verhältnissen ist die Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben erschwert. Dies kann zu Vereinsamung, Depressionen und weiteren Krankheiten führen. Kulturelle und sportliche Erlebnisse hingegen bereichern das Leben und tragen so wesentlich zur Verringerung von Desintegration bei den betroffenen Menschen bei.

Die KulturLegi ermöglicht es, dass Menschen mit geringem Einkommen an Angeboten in den Bereichen Kultur, Bildung, Sport und Gesundheit teilhaben können. Bereits anerkennen etliche städtische Betriebe die KulturLegi und erfüllen so eine wichtige soziale Aufgabe.

Mitteilung an den Stadtrat

**2294. 2016/342****Postulat von Marco Denoth (SP), Martin Luchsinger (GLP) und 12 Mitunterzeichnenden vom 05.10.2016:  
Bericht über die Vereinfachung der bargeldlosen Bezahlung von Parkgebühren**

Von Marco Denoth (SP), Martin Luchsinger (GLP) und 12 Mitunterzeichnenden ist am 5. Oktober 2016 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht zu erstatten, wie die bargeldlose Bezahlung von Parkgebühren vereinfacht werden kann. Dabei sind auch Synergien mit der «Kontrolle ruhender Verkehr» und der Einbezug von Parkkarten und Bewilligungen zu prüfen.

Begründung:

Mit der Annahme des gemeinderätlichen Kompromisses haben sich die Stimmberechtigten am 25. September 2016 knapp für eine Erhöhung der Parkgebühren ausgesprochen. Im Vorfeld zur Abstimmung wurde teilweise moniert, dass die Parkuhren in Zürich – mit Ausnahme der «Park Credit Card» – meist nur mit Münzen bezahlt werden können. Tatsächlich nutzen immer mehr Leute die Möglichkeiten der bargeldlosen Bezahlung, was dazu führt, dass man weniger Bargeld in Münzen verfügbar hat. Es würde der Stadt Zürich, welche sich ja auch als digitale Stadt profilieren will (vgl. Strategien 2035) gut anstehen, wenn die bargeldlose Bezahlung von Parkgebühren ermöglicht würde – und dies nicht bloss für Ortsansässige, die sich mit der Zürcher Speziallösung der «Park Credit Card» behelfen können.

Zu prüfen wäre auch, ob ein neues System der bargeldlosen Bezahlung genutzt werden könnte, um Vereinfachungen für die «Kontrolle ruhender Verkehr» und die Parkkarten und Bewilligungen zu erzielen. In vielen Städten – auch in der Schweiz – bestehen solche Möglichkeiten bereits. Weiter soll durch ein neues System die Nutzung der Parkplätze besser analysiert werden können, um sie den Bedürfnissen der Parkende, aber auch Parkplatzbetroffenen, wie AnwohnerInnen und Gewerbetreibende anpassen zu können.

Für die Nutzerinnen und Nutzer der Parkplätze soll das Abrechnungssystem eine Vereinfachung mit sich bringen, insbesondere für Gewerbetreibende. Es soll aber darauf geachtet werden, dass ein bestehendes, möglichst offenes System zur Auswahl kommt.

Mitteilung an den Stadtrat

**2295. 2016/343****Postulat von Stefan Urech (SVP) und Roger Liebi (SVP) vom 05.10.2016:  
Projekt «Writers in Residence», Einstellung der finanziellen Beteiligung**

Von Stefan Urech (SVP) und Roger Liebi (SVP) ist am 5. Oktober 2016 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die städtische finanzielle Beteiligung am Projekt «Writers in Residence» per sofort eingestellt werden kann.

Begründung:

Mit dem Projekt «Writers in Residence» lädt die Stadt Zürich Jahr für Jahr nach politischer Ideologie ausgewählte Autoren/innen, deren Engagement ausschliesslich dem linken Themenspektrum zuzuordnen ist (fehlende Frauenquoten, subversive Kunst, ungerechte Behandlung von Asylsuchenden, übertriebener Nationalismus, etc.). Während ihres Aufenthalts in Zürich setzen sich diese Gastautoren jeweils weiterhin mit den Problemen ihrer Heimatländer auseinander, beschäftigen sich aber kaum mit Zürich. Auf der Webseite des Projektes ([www.writers-in-residence.ch](http://www.writers-in-residence.ch)) wird kein vertiefter Bezug zu Zürich ersichtlich. So brachten es die Hälfte der zwölf «Writers in Residence» fertig, während des ganzen Jahres keinen bis maximal einen kleinen Beitrag zu ihren Eindrücken über Zürich zu verfassen. Erdogan beispielsweise schrieb in Zürich Artikel für eine regimekritische kurdische Zeitung in der Türkei. Blogeinträge, Artikel oder irgendeine Art von Text darüber, wie sie Zürich erlebte, sucht man aber vergeblich. Bei einem budgetierten Defizit von 50 Millionen stellt sich die Frage, ob solche Einladungen, aus denen, abgesehen von politischer Ideologie, kein Sinn und Zweck ersichtlich wird, wirklich zum essentiellen Aufgabenbereich der Stadt Zürich gehören.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motion und die drei Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

**2296. 2016/344****Schriftliche Anfrage von Simone Brander (SP) und Markus Knauss (Grüne) vom 05.10.2016:  
Projekt Usteri-/Löwenstrasse, Angaben über das vom Stadtrat festgesetzte Projekt und zum Verzicht auf die vorgesehene Mittelinsel sowie Planungsstand für die Realisierung der Massnahme HB 7**

Von Simone Brander (SP) und Markus Knauss (Grüne) ist am 5. Oktober 2016 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Immer mehr Personen benutzen den Hauptbahnhof Zürich. Deshalb verlangte der Gemeinderat schon in der Motion 2011/222, resp. 2013/360 eine Verbesserung der Zugänglichkeit der Bahnhöfe. Der Stadtrat stellte in seinem Bericht in Aussicht, dass beim Hauptbahnhof Zürich im Zusammenhang mit der Motion, die Zugänglichkeit der Passage und Stadtanbindung Gessnerallee via Gessnerallee – Schweizergasse verbessert werde. Das lasse es auch zu, dass der neue Zebrastreifen über die Löwenstrasse am Bahnhofplatz selber erst als mittel- oder langfristige Massnahme umgesetzt werde.

In der Zwischenzeit wurde die Löwenstrasse umgebaut. In einer Medienmitteilung vom 24. August 2016 kündigte das Tiefbaudepartement die Beendigung der Bauarbeiten Usteri-/Löwenstrasse an. Dabei wurde auch erwähnt, dass das vom Stadtrat festgesetzte Projekt in der Löwenstrasse auf der Höhe der Schützen-gasse eigentlich eine Mittelinsel vorgesehen habe. Weil aber noch Fragen zu klären gewesen seien, habe das Tiefbauamt bei den kantonalen Behörden eine vorzeitige Baufreigabe ohne Mittelinsel beantragt und sich so über das vom Stadtrat festgesetzte Projekt hinweggesetzt. Damit wird aber auch eine gefährliche Situation – der Übergang über zwei Fahrbahnen, zwei Tramspuren und den Veloweg an der Löwenstrasse ohne einen sichernden Stützpunkt – auf unbestimmte Zeit hin beibehalten.

Da stellen sich doch einige Fragen:

1. Wie sah das vom Stadtrat festgesetzte Projekt Usteri-/Löwenstrasse aus (gebeten wird um eine Planbeilage)? Warum wurde die Löwenstrasse in diesem Strassenabschnitt nicht einspurig geplant?
2. Welche Fragen waren so wichtig, dass nach Jahren der Planung eine für die Erschliessung des Hauptbahnhofs wichtige Mittelinsel kurzfristig aus dem vom Stadtrat festgesetzten Projekt wieder

herausgekippt worden ist? Weshalb sah sich das Tiefbauamt gerechtfertigt, sich über das vom Stadtrat festgesetzte Projekt hinwegzusetzen?

3. Damit die Passage und Stadtanbindung Gessnerallee ihre wichtige Zubringerfunktion ins Stadtzentrum übernehmen kann, ist die Mittelinsel an der Löwenstrasse von grosser Bedeutung. Wie sieht der Zeitplan zur Realisierung des Zugangs zur Passage Gessnerallee zwischen Löwenstrasse und Passage sowie für die Mittelinsel Löwenstrasse aus?
4. Wie hoch ist der zusätzliche Aufwand, wenn nun nachträglich die Mittelinsel doch noch realisiert werden muss und welche baulichen Anpassungen sind nötig?
5. In der Weisung 2013/360 wurde im Objektblatt Hauptbahnhof ein neuer Zebrastreifen Löwenstrasse/ Bahnhofplatz als Massnahme HB 7 geplant. Wurde mit der Sanierung der Löwenstrasse in der aktuellen Ausführung ein Präjudiz gegen diesen Zebrastreifen in den nächsten Jahren geschaffen? Wie sieht der Zeitplan für die Realisierung der Massnahme HB 7 aus?
6. Weshalb wurde die Realisierung der Massnahme HB 7 und des Projekts Usteri-/ Löwenstrasse nicht koordiniert?

Mitteilung an den Stadtrat

## 2297. 2016/345

**Schriftliche Anfrage von Stefan Urech (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 05.10.2016:**

**Kolumne des Vorstehers des Schul- und Sportdepartements zum amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf im Tagblatt, Haltung des Stadtrats zur Kolumne sowie Einfluss der geäusserten Auffassungen auf die Lernziele an den Sekundarschulen**

Von Stefan Urech (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) ist am 5. Oktober 2016 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements (SSD), Stadtrat Gerold Lauber, bezeichnete den Präsidentschaftskandidaten der republikanischen Partei der USA als «selbstverliebten Meister der Bösartigkeit und des Absurden», als «nationalistisch-rassistisch» und als «Faschist». Dies nicht etwa als Antwort auf eine Frage in einem Interview mit einem privaten Medienschaffenden, sondern in der offiziellen «Stadtratskolumne» des Amtsblatts der Stadt Zürich (Mittwoch 06 Juli 2016).

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt der Zürcher Stadtrat seine Rolle im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf? Erachtet er es als seine Aufgabe, sich in dieser Kolumne im städtischen Amtsblatt in dieser extremen Art und Weise zu positionieren?
2. Haben die restlichen acht Stadträte diese Kolumne vor der Publikation gesehen und dafür ihren Konsens erteilt?
3. Wie wird Sinn und Zweck des Gefässes «Stadtratskolumne» vom Zürcher Tagblatt definiert?
4. An Sekundarschulen wird zurzeit das Thema «Präsidentschaftswahlkampf der USA» mit den Schülerinnen und Schülern thematisiert. Ist der Vorsteher der Stadt Zürcher Schulen der Auffassung, dass der republikanische Kandidat von den Lehrpersonen als «selbstverliebter Meister der Bösartigkeit und des Absurden» und als «national-rassistischer Faschist» präsentiert werden soll? Entspricht diese Darstellungsweise der Interpretation von politischer Bildung des Schuldepartements?
5. In der Broschüre «Politische Bildung» des kantonalen Lehrplans steht, dass die Schülerinnen und Schüler in der Schule die «Vielfalt der Wertvorstellungen als Reichtum anerkennen [und] aktive Toleranz üben» (Bildungsdirektion 2010, 11) sollen. Ist der Stadtrat der Auffassung, dass die oben erwähnten Aussagen des Vorstehers der Stadt Zürcher Schulen mit diesem Lernziel vereinbar sind?
6. Im Artikel zieht der Vorsteher des SSD direkte Vergleiche von «nationalistisch-rassistischem Verhalten» und «Faschismus» zu vergangenen Schweizer Abstimmungen wie dem «Minarettverbot und Masseneinwanderungsinitiative». Ist der Vorsteher des SSD folglich der Auffassung, dass die Zürcher Befürworter dieser beiden Initiativen eine Neigung zu nationalistisch-rassistischem und faschistoidem Verhalten haben?
7. Im an Stadt Zürcher Schulen beliebten Lehrmittel für Sekundarschulen «Durch die Geschichte zur Gegenwart» werden unter dem Kapitel Faschismus als Beispiele für Faschisten Massenmörder wie Hitler und Mussolini aufgezeigt. Diese haben unter vielen anderen Gräueltaten auch grausame medizinische Experimente an lebendigen Körpern von ethnischen Minderheiten durchführen lassen. Ist der Schulvor

steher der Meinung, dass den Stadtzürcher Schülern zukünftig, im Sinne eines Gegenwartsbezugs im Geschichtsunterricht, Donald Trump als quasi heutiges Pendant zu den Faschisten Hitler und Mussolini aufgezeigt werden soll?

Mitteilung an den Stadtrat

**2298. 2016/346**  
**Schriftliche Anfrage von Stefan Urech (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom**  
**05.10.2016:**  
**Angaben zur Herkunft der städtischen Angestellten**

Von Stefan Urech (SVP) und Stephan Iten (SVP) ist am 5. Oktober 2016 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Zunehmend machen sich die Auswirkungen der Personenfreizügigkeit bei den städtischen Angestellten bemerkbar. Um offizielles Zahlenmaterial zu erhalten, bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Mitarbeiter sind Schweizer Bürger, wie viele EU/EFTA Bürger (ohne Schweiz) und wie viele Drittstaatsangehörige? Wir bitten um entsprechende Auflistung für die nachfolgend genannten Departemente und deren Bereiche.
  - a. Präsidialdepartement
    - I. Theater am Neumarkt
    - II. Schauspielhaus Zürich
  - b. Finanzdepartement
  - c. Sicherheitsdepartement
  - d. Gesundheits- und Umweltdepartement
    - I. separat: Universitätsspital Zürich
    - II. weitere Spitäler und Kliniken
  - e. Tiefbau- und Entsorgungsdepartement
  - f. Hochbaudepartement
    - I. Amt für Baubewilligungen
    - II. Denkmalpflege
    - III. Kreisarchitekten
  - g. Departement der Industriellen Betriebe
  - h. Schul- und Sportdepartement
  - i. Sozialdepartement
2. Wie viele davon sind Grenzgänger oder 5-Jahresaufenthalter?

Mitteilung an den Stadtrat

**2299. 2016/347**  
**Schriftliche Anfrage von Stefan Urech (SVP) und Thomas Schwendener (SVP)**  
**vom 05.10.2016:**  
**Nachhaltigkeitszertifizierungen von Bauprojekten, Notwendigkeit und Umfang der**  
**Zertifizierungen**

Von Stefan Urech (SVP) und Thomas Schwendener (SVP) ist am 5. Oktober 2016 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Das Zertifizieren von Bauprojekten mit verschiedenen Öko – Labels wie «Minergie» oder «SNBS» kostet gemäss einer uns in der Hochbaukommission vorgelegten Broschüre zwischen 900-10'000 Franken oder sogar mehr.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viel wurde in der laufenden Legislatur für «Nachhaltigkeitszertifizierungen» von Bauprojekten ausgeben? Wir bitten um eine Auflistung nach Jahren, unterteilt in die verschiedenen Zertifikate.
2. Warum hält der Stadtrat es dennoch für notwendig, seine Bauprojekte von externen Firmen auf Nachhaltigkeit zertifizieren zu lassen? Reicht der politische Wille der Führung, nachhaltig zu bauen und die Kontrolle der ebenso rotgrün dominierten Hochbaukommission nicht aus?
3. Die Stadt Zürich wirkt bei der Gestaltung einzelner externen Nachhaltigkeitslabels mit. Wie viele Personen sind in welchem Umfang bei dieser Mitgestaltung jährlich beschäftigt?

Mitteilung an den Stadtrat

### 2300. 2016/348

**Schriftliche Anfrage von Roberto Bertozzi (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 05.10.2016:**

**Belästigungen und Delikte in öffentlichen Frei- und Hallenbadeanlagen, Entwicklung der Anzeigen und Angaben zu den Tätern sowie mögliche Massnahmen zur Eindämmung der Delikte**

Von Roberto Bertozzi (SVP) und Stephan Iten (SVP) ist am 5. Oktober 2016 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am Silvesterabend 2015 ereigneten sich in Zürich sexuelle Übergriffe und andere Tatbestände (die Medien berichteten). Die folgende Kommunikation der Stadtregierung war ausserordentlich passiv. Erst Tage nach den Ereignissen und unter Zugzwang von ersten Medienberichten kamen Informationen von offizieller Seite an die Öffentlichkeit. In den letzten Wochen der Freibadsaison waren wiederholt Meldungen zu vernehmen, die von Belästigungen, Bedrängungen und anderen Delikten an Frauen oder auch Teenagern berichteten. Zahlreiche dieser Übergriffe wurden nach Aussagen der Medien durch Asylbewerber verübt. Dies insbesondere im nahen Ausland, jedoch wiederholt auch in verschiedenen Kantonen und Gemeinden in der Schweiz. Beteiligt sind häufig Migranten, welche die Werte und Sitten unserer Kultur nur bedingt respektieren. Aus der Stadt Zürich waren diesbezüglich keine offiziellen Berichte zu vernehmen. Dies, obschon sich die Stadt Zürich zu den gesetzlich vorgeschriebenen Kontingenten an Asylbewerbern und gegen den dezidierten Willen der SVP bereit erklärt hatte, zusätzliche 1'000 Flüchtlinge aufzunehmen und in Wohnquartieren zu platzieren.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Anzeigen aus dem ganzen Areal der Frei- / Schwimmbadeanlagen infolge Belästigungen, Diebstählen und anderen Delikten gingen bei der Stadtpolizei im Jahre 2016 ein? Bitte um Auflistung aller Anzeigen nach Schwimmbad und nach Delikten.
2. Wie schätzt der Stadtrat die aktuelle Situation ein: Ist anzunehmen, dass Belästigungs- und andere Delikte in Badeanstalten zu- oder abnehmen werden? Weshalb ist der Stadtrat dieser Auffassung?
3. Bitte um Aufschlüsselung nach Nationalitäten und Aufenthaltsstatus der Täter für die letzten 10 Jahre im Zusammenhang mit den Delikten, die unter Punkt 1 aufgeführt worden sind.
4. Obgenannte Vergehen werden von belästigten Damen und auch Jugendlichen häufig nicht bei der Polizei zur Anzeige gebracht. Diesbezüglich stellt sich die Frage, welche Anzeigen / Reklamationen in den jeweiligen städtischen Badeanstalten eingegangen sind, die nicht polizeilich zur Anzeige gebracht wurden? Bitte um tabellarische Auflistung nach Frei- / Hallenbad und Art der Meldung.
5. Welche Massnahmen trifft eine öffentliche städtische Badeanstalt für Personen, die sich schuldhaft gemacht haben? Werden die fehlbaren Personen weggewiesen? Erhalten die fehlbaren Personen künftig eine Zutrittsverweigerung? Werden sie der Polizei gemeldet? Welche weiteren Massnahmen werden allenfalls angewandt?
6. Welche Instruktionen haben die städtischen Mitarbeiter der Badeanlagen, wenn ihnen von Badegästen Belästigungen oder andere Delikte gemeldet werden? Werden diese Meldungen intern verfasst? Besteht die Anweisung, diese Meldungen polizeilich zur Anzeige zu erstatten? Werden die Mitarbeiter für obgenanntes und unerwünschtes Phänomen sensibilisiert oder gar geschult?
7. Werden Hausverbote gegen Täter ausgesprochen, die Delikte in Badeanstalten verüben? Wenn ja, wie viele Hausverbote sind in den letzten 10 Jahren ausgesprochen worden? Wenn nein, warum nicht?

Mitteilung an den Stadtrat

**K e n n t n i s n a h m e n****2301. 2016/329**

**Motion von Raphael Kobler (FDP) und Ursula Uttinger (FDP) vom 28.09.2016: Mitarbeiterbeurteilungen des Lehrpersonals, Durchführung unter der hauptsächlichen Verantwortung der Schulleitungen und unter Mitwirkung der Kreisschulpflegen**

Raphael Kobler (FDP) zieht die Motion zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

**2302. 2016/291**

**Dringliche Schriftliche Anfrage von Markus Merki (GLP), Pascal Lamprecht (SP) und 48 Mitunterzeichnenden vom 31.08.2016: Tibeterinnen und Tibeter in Zürich, Folgen des Entscheids des Staatssekretariats für Migration, Auswirkungen auf den geplanten Besuch des Dalai Lamas und mögliche versuchte Einflussnahme durch ausländische Behörden**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 777 vom 21. September 2016).

**2303. 2016/242**

**Schriftliche Anfrage von Christian Traber (CVP) und Urs Helfenstein (SP) vom 22.06.2016: Auslastung der Turn- und Sporthallen, Strategie und Projekte zur Schaffung zusätzlicher Kapazitäten sowie Vorgaben zur Nutzung im Zusammenhang mit der wachsenden Nachfrage der Schulen**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 781 vom 21. September 2016).

Nächste Sitzung: 26. Oktober 2016, 17 Uhr.